

# Rundbrief des Heartland Institutes vom 23. Juni 2017

China und Indien übernehmen Klima-Führerschaft nach Trumps Paris-Rückzug

...

China hat seine staatlich festgelegten Ziele bzgl. neuer Solar-Installationen substantiell reduziert. Das Land hat für die heimische Installation vorgesehene Solarpaneele umgeleitet auf den Exportmarkt und flutet Europa und Amerika mit Solarpaneelen zu Dumping-Preisen, was dortige Hersteller aus dem Geschäft drängt. China setzt auch regelmäßig seine massiven Windparks offline, weil sich die Nachfrage nach Strom verringert hat. Es hat viele Turbinen errichtet, die nicht mit dem Netz verbunden sind; welche Strom erzeugen, der nach Nirgendwo geleitet und von niemandem genutzt wird. In dieser Hinsicht gleichen sie chinesischen Geisterstädten, welche gebaut wurden, um wirtschaftliches Wachstum künstlich voranzutreiben. Sie verunzieren jetzt die Landschaft, wo niemand wohnt, und werden nicht mehr repariert. Und übrigens: alle diese Geister-Windturbinen und Geisterstädte erfordern viel Beton und Stahl sowie fossile Energie für deren Bau, was sich zu den chinesischen CO<sub>2</sub>-Emissionen addiert.

Während der heimische Verbrauch von Kohle rückläufig ist, unterstützt China den Ausbau von Kohlekraftwerken in anderen Ländern, indem es große derartige Kraftwerke auf dem Afrikanischen Kontinent sowie in Indien, Indonesien, Iran, Mongolei, Pakistan, Türkei und Vietnam baut oder finanziert. Im Grunde exportiert China seine CO<sub>2</sub>-Emissionen, wird dafür aber nicht zur Verantwortung gezogen.

Unter dem Paris-Abkommen hat China keineswegs gesagt, dass es seine Emissionen reduzieren wird. Vielmehr hat man den Spitzenwert an Emissionen für das Jahr 2030 versprochen. Dieser Spitzenwert in China könnte auch eher erreicht werden, aber der Zeitpunkt ist nicht so wichtig wie das Niveau dieses Spitzenwertes. Falls sich Chinas CO<sub>2</sub>-Emissionen bis dahin verdoppeln oder vervierfachen, wären alle Emissions-Reduktionen anderer Länder hinsichtlich der CO<sub>2</sub>-Konzentration unbedeutend.

Wie kann der größte CO<sub>2</sub>-Emittent der Welt, welcher seine Emissionen weiterhin zunehmen lässt, als ein Führer bzgl. Emissions-Reduktionen angesehen werden? Das kann es nicht. Die Behauptung ist reines umweltaktivistisches und globales bürokratisches Wunschdenken kombiniert mit dem Hass auf Trump – absoluter Quatsch!

H. Sterling Burnett

Quellen: [New York Times Scientific Alliance](#) [Manhattan Contrarian](#) [One News Now](#) [paywalled] und [Los Angeles Times](#)

---

## **Vorteile fossiler Treibstoffe lassen SCC verblassen**

[SCC = Social Cost of Carbon]

Der Ökonom an der University of Essex Richard S. J. Tol, der vormals auch zum UN-Umweltprogramm und das IPCC beigetragen hatte, hat die seinen Angaben zufolge erste umfassende Berechnung der regionalen und globalen Vorteile pro Tonne emittierten Kohlendioxids durchgeführt.

Mittels Daten aus 66 Ländern berechnete Tol bei einem Preis von 38 bis 65 Dollar pro Tonne CO<sub>2</sub>, dass der private Vorteil von Kohlendioxid des Kohleverbrauches in der Industrie am geringsten ist. Der Gebrauch fossiler Treibstoffe für den privaten Stromverbrauch erbrachte den höchsten Wert mit einem globalen Mittel von 1877 Dollar pro Tonne CO<sub>2</sub>. Der private Vorteil von Kohlendioxid ist in Kasachstan mit 48 bis 67 Dollar pro Tonne CO<sub>2</sub> am geringsten, in Norwegen mit 6241 bis 6277 Dollar pro Tonne CO<sub>2</sub> am höchsten.

Die Energie-Dienstleistungen durch den Verbrauch von fossilen Treibstoffen erzeugen Vorteile von 411 Dollar pro Tonne Kohlenstoff im globalen Mittel. Das ist viel höher als die mittleren Schätzungen der sozialen Kosten von Kohlenstoff mit 12 Dollar pro Tonne CO<sub>2</sub>, wobei ein Diskontsatz von 3 Prozent zugrunde gelegt wurde, oder 98 Dollar pro Tonne CO<sub>2</sub> für Studien mit einer extrem niedrigen 1%-Rate.

Quelle: [University of Sussex](#)

---

## **Die dem Paris-Abkommen folgenden Staaten zahlen einen hohen Preis**

[Das hier für die USA und deren Einzelstaaten beschriebene Szenario lässt sich wohl ohne Weiteres auch auf Europa und die Welt übertragen Anm. d. Übers.]

Über ein Dutzend [US-]Staaten und Puerto Rico haben sich zur US-Klima-Allianz zusammengeschlossen und dem Pariser Klimaabkommen zu folgen versprochen, aus welchem sich die USA zurückgezogen haben. Dabei wollen sie ihre eigenen Treibhausgasemissionen um 26 bis 28 Prozent unter das Niveau des Jahres 2005 drücken.

Zwanzig Staaten sowie Washington DC haben bereits ihre eigenen Ziele bzgl. Treibhausgas-Emissionen festgelegt, darunter Kalifornien und New York, deren Ziele noch über die Paris-Verpflichtungen hinausgehen.

Kalifornien hat sich bereits eine Reduktion von Treibhausgasen um 40% bis zum Jahr 2030 zum Ziel gesetzt im Vergleich mit dem Niveau des Jahres 1990. Bis zum Jahr 2050 will dieser Staat seine Emissionen um 80% unter das Niveau von 1990 drücken, was weit über die Paris-Verpflichtungen hinausgeht.

Im Jahre 2016 setzte der Staat New York ein Gesetz in Kraft, dem zufolge bis zum Jahr 2030 50% des Stromes aus erneuerbaren Quellen wie Wind und Solar stammen müssen. Der Staat hat sich zum Ziel gesetzt, seine CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2050 um 80% unter das Niveau von 1990 zu drücken.

Anwohner von Staaten und Städten, welche sich dem Paris-Abkommen oder sogar darüber hinaus gehend verschrieben haben, sollten zur Kenntnis nehmen, wie sich die Politik zur Ausgrenzung fossiler Treibstoffe auf ihre Stromrechnungen auswirken. Kalifornien und die Staaten im Nordosten, welche sich der regionalen Treibhausgas-Initiative angeschlossen haben, zahlen bereits die höchsten Strompreise der 48 Kernstaaten (siehe folgende [Graphik](#)):

Rank	2015 Average Electricity Retail Price (cents/kwh)	% Above National Average	
<b>1</b>	<b>Connecticut</b>	<b>17.77</b>	<b>70.7%</b>
<b>2</b>	<b>Rhode Island</b>	<b>17.01</b>	<b>63.4%</b>
<b>3</b>	<b>Massachusetts</b>	<b>16.90</b>	<b>62.3%</b>
<b>4</b>	<b>New Hampshire</b>	<b>16.02</b>	<b>53.9%</b>
<b>5</b>	<b>California</b>	<b>15.42</b>	<b>48.1%</b>
<b>6</b>	<b>New York</b>	<b>15.28</b>	<b>46.8%</b>
<b>7</b>	<b>Vermont</b>	<b>14.41</b>	<b>38.4%</b>
<b>8</b>	<b>New Jersey</b>	<b>13.74</b>	<b>32.0%</b>
<b>9</b>	<b>Maine</b>	<b>12.78</b>	<b>22.8%</b>
<b>10</b>	<b>District of Columbia</b>	<b>12.07</b>	<b>15.9%</b>
<b>11</b>	<b>Maryland</b>	<b>12.07</b>	<b>15.9%</b>
<b>12</b>	<b>Delaware</b>	<b>11.17</b>	<b>7.3%</b>

In Europäischen Ländern, die sogar noch viel weiter gegangen sind als selbst die aggressivsten US-Staaten, zahlt man inzwischen Strompreise, die zwei- bis dreimal so hoch sind wie in den USA.

In einem Beitrag bei *ICECAP* heißt es: „Man hört die Demokraten schreien, dass der Ausstieg aus Paris die Armen schädigen wird, obwohl in Wirklichkeit das Befolgen des Paris-Abkommens die Strom- und Energiepreise signifikant steigen lassen wird, was tatsächlich die Armen und die Mittelklasse schädigt. 300.000 Haushalten in Deutschland wurde schon der Strom abgestellt, weil sie ihre Stromrechnungen nicht mehr bezahlen können, und 25 Prozent aller Bürger in UK leben in Energiearmut, viele davon im Pensionsalter. Dies wird demnächst auch hierzulande auf Städte und Staaten zukommen, welche unabhängig von Trump dem Paris-Abkommen zu folgen beabsichtigen“.

Quellen: [Icecap](#) und [USA Today](#)

Alles übersetzt von [Chris Frey](#) EIKE